# S 40 AY 416/23 ER

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Landessozialgericht Niedersachsen-Sozialgericht

Bremen

Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

Abteilung

Kategorie **Beschluss** 

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren gewöhnlicher Aufenthalt

Kirchenasyl

örtliche Zuständigkeit räumliche Beschränkung

Reisebeihilfe

teleologische Extension

Wohnsitzauflage

Leitsätze 1. Bei einem Verstoß gegen eine asyloder aufenthaltsrechtliche räumliche Beschränkung ist neben der für den

Behörde iSd § 11 Abs 2 AsvIbLG auch die

tatsächlichen Aufenthaltsort zuständigen

aufgrund einer Zuweisungs- oder

Verteilentscheidung bzw. wegen einer

Wohnsitzauflage nach § 10a Abs 1 S 1

AsylbLG zuständige Leistungsbehörde nur zu einer eingeschränkten Hilfegewährung

verpflichtet, die im Regelfall dem

Leistungsumfang des § 11 Abs 2 AsylbLG entspricht (st. Rspr. des Senats: vgl. auch

LSG Niedersachsen-Bremen v. 20.06.2008

<u>L 11 AY 47/08 ER</u> – juris Rn 17 f.).

2. Die Leistungspflicht nach § 11 Abs 2 AsylbLG umfasst sämtliche Leistungen

der faktischen Bedarfsdeckung, die iedoch in der Regel beschränkt sind auf

die Übernahme der notwendigen Reise-

sowie dringend erforderlichen

Verpflegungskosten, damit der Ausländer

den durch die asyl- bzw.

ausländerrechtliche Beschränkung bestimmten Aufenthaltsort erreichen

kann. In atypischen Fällen sind

weitergehende Leistungen bis zum

Niveau der regulären Leistungen (§§ 3

<u>bzw 2 AsylbLG</u>) zu erbringen (hier verneint für den Aufenthalt im offenen

Kirchenasyl).

Normenkette <u>AsylbLG § 1 Abs 1 Nr 5</u>

AsylbLG § 10

AsylbLG § 10a Abs 1 S 1 AsylbLG § 10a Abs 3 S 1 AsylbLG § 11 Abs 2 S 1 AsylbLG § 11 Abs 2 S 2

AsylbLG § 3
AsylbLG § 8

AufenthG § 61 Abs 1 S 1
AufenthG § 61 Abs 1d

#### 1. Instanz

Aktenzeichen S 40 AY 416/23 ER

Datum 30.07.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AY 23/23 B ER

Datum 31.08.2023

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Bremen vom 30. Juli 2023 wird zurĽckgewiesen.

Au $\tilde{A}$  ergerichtliche Kosten sind auch f $\tilde{A}$  das Beschwerdeverfahren nicht zu erstatten.

Â

#### GrÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde

#### ı.

Im Streit ist die vorlĤufige GewĤhrung von Leistungen nach dem AsylbLG ab dem 6.7.2023 für die Zeit des Kirchenasyls der Antragstellerin.

Die 1989 geborene Antragstellerin ist guineische StaatsangehĶrige. Nach eigenen Angaben verlieÄ□ sie 2015 ihr Heimatland, hielt sich dann in Mali, im Senegal und Marokko auf, reiste Anfang 2022 nach Spanien und dann ýber Frankreich am 25.8.2022 nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Am 9.1.2023 wies die LandesaufnahmebehĶrde Niedersachsen die Antragstellerin ab dem 19.1.2023 der im Kreisgebiet des Antragsgegners gelegenen Gemeinde F. zu und verpflichtete sie,

dort ihren Wohnsitz zu nehmen. Die Antragstellerin war in der Folge obdachlos und wurde in eine Obdachlosenunterkunft in F. eingewiesen. Das Bundesamt fýr Migration und Flýchtlinge (BAMF) lehnte den Asylantrag der Antragstellerin mit Bescheid vom 17.1.2023 unter Anordnung der Abschiebung nach Spanien als unzulässig ab (Anwendung der sog. Dublin-III-Verordnung). Ein gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Abschiebungsanordnung gerichteter Eilantrag blieb erfolglos (Verwaltungsgericht â∏ VGÂ â∏ Hannover, Beschluss vom 6.3.2023 â∏ 15 B 1648/23). Der Antragsgegner erteilte der Antragstellerin am 7.3.2023 eine bis zum 6.9.2023 gÃ⅓ltige Duldung mit der Verpflichtung zur Wohnsitznahme in der Gemeinde F., in der er ihr eine Wohnung in der Obdachlosenunterkunft G. zugewiesen hatte. Am 2.6.2023 teilte das BAMF dem Antragsgegner mit, dass sich die Antragstellerin seit dem 1.6.2023 im Kirchenasyl der Evangelischen Kirchengemeinde Bremen, befindet.

Nachdem der Antragsgegner daraufhin Unterlagen von der Antragstellerin anforderte (Schreiben vom 5.6.2023), teilte sie den Aufenthalt im Kirchenasyl seit dem 1.6.2023 mit. Auf diesem Schreiben vom 12.6.2023, mit dem die Antragstellerin die Weitergewährung von Leistungen beantragte, war handschriftlich von H. I., Mitglied des Kirchenvorstandes der Gemeinde, angemerkt, dass die Antragstellerin bis auf Weiteres keine finanziellen oder Sachmittel von Seiten der Gemeinde erhalte. Mit Bescheid vom 19.6.2023 lehnte der Antragsgegner den Antrag wegen VerstoÃ□es gegen die Wohnsitzauflage ab. Hiergegen erhob die Antragstellerin am 27.6.2023 Widerspruch, der nach derzeitigem Kenntnisstand des Gerichts nicht beschieden ist. Â

Am 6.7.2023 hat die Antragstellerin beim Sozialgericht (SG) Bremen einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung mit der Begründung gestellt, sie sei mittellos. Sie habe sich von der Kirchengemeinde bestätigen lassen, dass keine Leistungen erbracht und auch Sachleistungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Lediglich für die Kosten der Unterkunft einschlieÃ□lich Strom komme die Kirchengemeine typischerweise auf. Auf gerichtliche Nachfrage, wovon sie ihren Lebensunterhalt bestreite, hat sie mitgeteilt, darlehensweise 30,00 â□¬ wöchentlich zu erhalten, seit sie am 15.6.2023 noch immer keine Leistungen vom Antragsgegner erhalten habe. Hierzu hat sie ein Schreiben des Kirchenvorstandes vorgelegt. Â

Der Antragsgegner hat eingewandt, eine Leistungserbringung sei wegen Versto $\tilde{A}$  gegen die Wohnsitzauflage grunds $\tilde{A}$  ztzlich ausgeschlossen. Da der Antragstellerin eine Reise von Bremen nach F. zumutbar sein d $\tilde{A}$  rfte, seien Anhaltspunkte f $\tilde{A}$  einen Ausnahmefall nicht ersichtlich. Gegen die nach  $\hat{A}$  10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG zust $\tilde{A}$  zundige Beh $\tilde{A}$  rde bestehe bis zur R $\tilde{A}$  ckkehr an den Zuweisungsort kein Leistungsanspruch.

Das Sozialgericht (SG) Bremen hat den Eilantrag mit Beschluss vom 30.7.2023 abgelehnt. Ein Anordnungsanspruch sei nicht glaubhaft gemacht, weil unklar sei, inwieweit ein Bedarf bestehe. Die Angaben der Antragstellerin seien widersprā¼chlich. Gerichtlichen Nachfragen sei sie nicht nachgekommen. Die Angaben des Herrn I. stā¼nden im Widerspruch zu den Angaben auf der Webseite

der Kirchengemeinde. Eine Konkretisierung etwaig erhaltener Sachleistungen sei nicht erfolgt.

Die Antragstellerin hat hiergegen am 7.8.2023 Beschwerde eingelegt, mit der sie ihr Begehr weiterverfolgt. Sie erhalte seit dem 15.6.2023 ein aufgrund mündlicher Absprache vereinbartes Darlehen von 30,00 â∏¬ je Woche, das kein Einkommen im Sinne des § 8 AsylbLG darstelle. Die Kirchengemeinde komme für die Kosten der Unterkunft inklusive Heizung, Strom und Wasser auf. Internet stehe über ein privates Netzwerk zur Verfļgung. Infolge des erlassenen Ablehnungsbescheides plane die Kirchengemeine, das wöchentliche Darlehen auf 50,00 â□¬ als Nothilfe zu erhĶhen. Das Darlehen sei zurļckzuzahlen, sobald der Antragstellerin Leistungen gewĤhrt werden. Aufgrund der Erfahrung aus einer Vielzahl von FÄxllen wisse die Kirchengemeinde von der behĶrdlichen Leistungsverpflichtung und könne daher von einer alsbaldigen Rückzahlung ausgehen. Die vom SG geforderten Nachweise seien in Form des Negativbeweises der Antragstellerin nicht zumutbar. Zudem stünden mittellosen Personen zahlreiche sie unterstützende Projekte im Bremer Viertel zur Verfügung, was sich jedoch nicht bedarfsmindernd auswirken dürfte, weil die Verlässlichkeit von Sachspenden nicht gegeben sei. Die Homepage der Kirchengemeinde sei nicht aktuell. Aufgrund der Kenntnis vom gesetzlichen Leistungsanspruch seien die Kirchengemeinden dazu übergegangen, die Spenden anderweitig zu verwenden.

Der Antragsgegner hÃxlt den angegriffenen Beschluss des SG fÃ $\frac{1}{4}$ r zutreffend. Es sei widersprÃ $\frac{1}{4}$ chlich, dass die Antragstellerin angegeben habe, bereits seit Juni 2023 wÃ $\frac{1}{4}$ chentlich 30,00 â $\frac{1}{4}$  darlehensweise zu erhalten, weil sie mittellos sei. Die Leistungen seien erst zum 30.6.2023 eingestellt worden. Der Einstellungsbescheid sei erst am 19.6.2023 und nicht bereits am 15.6.2023 erlassen worden. Die Antragstellerin habe angegeben, keine Familie und Bekannte in Bremen, zu haben, allerdings lebe eine Cousine in Bremen. Â Â

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Leistungs- und AuslĤnderakte des Antragsgegners Bezug genommen.

### II.

Die form- und fristgerecht ( $\frac{\hat{A}\S 173 \ SGG}$ ) eingelegte und auch im  $\tilde{A} \square$  brigen zul $\tilde{A}$ xssige, insbesondere statthafte ( $\frac{\hat{A}\S 172 \ Abs. 3 \ Nr. 1}{1 \ Nr. 1 \ SGG}$ ) Beschwerde ist nicht begr $\tilde{A}^{1}$ 4ndet.

Das SG hat den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung im Ergebnis zu Recht abgelehnt.

Einstweilige Anordnungen sind nach <u>§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG</u> zur Regelung eines vorlĤufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis zulĤssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint. Voraussetzung für den Erlass einer einstweiligen Anordnung ist, dass ein geltend gemachtes Recht gegenüber dem Antragsgegner besteht (Anordnungsanspruch) und der Antragsteller ohne den Erlass der begehrten Anordnung wesentliche

Nachteile erleiden würde (Anordnungsgrund). Sowohl die hinreichende Wahrscheinlichkeit eines in der Sache gegebenen materiellen Leistungsanspruchs als auch die Eilbedürftigkeit der Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile sind glaubhaft zu machen (§Â 86b Abs. 2 Satz 4 SGG i. V. m. § 920 Abs. 2 ZPO).

Das streitige RechtsverhĤltnis liegt in dem nach derzeitigem Kenntnisstand noch nicht beschiedenen Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid des Antragsgegners vom 19.6.2023 begrþndet.

Die seit ihrem erfolglosen Asylverfahren (Bescheid des BAMF vom 17.1.2023, nachgehend Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO abgelehnt mit Beschluss des VG Hannover vom 6.3.2023 â 15 B 1648/23) vollziehbar ausreisepflichtige und damit nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG leistungsberechtigte Antragstellerin hat einen (Anordnungs-)Anspruch auf Leistungen nach § 3 AsylbLG oder auf eingeschrĤnkte Leistungen nach § 1a AsylbLG nicht glaubhaft gemacht.

Der Antragsgegner ist die nach Landesrecht sachlich für die Durchführung des AsylbLG zuständige Behörde (§ 10 AsylbLG i.V.m. § 2 Abs. 2 Satz 1 Nds. AufnG). Â

Er ist gemäÃ∏ § 10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG fþr diese Leistungen auch örtlich jedenfalls deshalb zuständig, weil die Antragstellerin nach der gesetzlichen Wohnsitzauflage des § 61 Abs. 1d AufenthG in seinem Kreisgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu nehmen hat. Nach § 61 Abs. 1d AufenthG ist ein vollziehbar ausreisepflichtiger AuslĤnder, dessen Lebensunterhalt nicht gesichert ist, verpflichtet, an einem bestimmten Ort seinen gewĶhnlichen Aufenthalt zu nehmen. Soweit die Ausländerbehörde â∏∏ wie hier (die Wohnsitzauflage in der am 7.3.2023 ausgestellten Duldung deckt sich mit derjenigen nach § 61 Abs. 1d AufenthG) â∏∏ nichts anderes angeordnet hat, ist das der Wohnort, an dem der AuslĤnder zum Zeitpunkt der Entscheidung über die vorrübergehende Aussetzung der Abschiebung gewohnt hat (vgl. Hailbronner, AuslĤnderrecht, Aktualisierung Februar 2020, <u>§ 61 AufenthG</u>, Rn. 41; vgl. auch Siefert in Siefert, AsylbLG, 2. Aufl. 2020, § 10a Rn. 6), hier in der Obdachlosenunterkunft G. in F. im Kreisgebiet des Antragsgegners. Der Lebensunterhalt der Antragstellerin ist â∏∏ was sie im vorliegenden Verfahren auch geltend macht â∏ nicht gesichert. Sie hat daher ihren gewä¶hnlichen Aufenthalt in der Obdachlosenunterkunft in F. zu nehmen.

Ob bei der â□□ wie hier, dazu gleich â□□ Anwendbarkeit von § 11 Abs. 2 AsylbLG die Leistungspflicht der nach § 10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG zuständigen Behörde aufgehoben ist und ihr gegenýber solange kein Leistungsanspruch besteht, bis die leistungsberechtigte Person an den Zuweisungs-, Verteilungs- oder Wohnsitzauflagenort zurýckgekehrt ist (so LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 23.3.2012 â□□ L 20 AY 7/12 R â□□ juris Rn. 34; Groth in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl. 2020, § 11 AsylbLG Rn. 56) kann dahinstehen (zum Meinungsstand vgl. Senatsbeschluss vom 20.2.2014 â□□ L 8 AY 98/13 B ER â□□ juris Rn. 25 sowie vom 25.1.2016 â□□ L 8 AY 59/15 B ER). Der Senat hat nämlich bereits entschieden, dass auch die nach § 10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG an sich zuständige

Leistungsbehörde â∏∏ hier der Antragsgegner â∏∏ bei einem VerstoÃ∏ gegen eine asyl- oder aufenthaltsrechtliche BeschrĤnkung nur zu einer eingeschrĤnkten HilfegewĤhrung verpflichtet ist, die im Regelfall dem Leistungsumfang des § 11 Abs. 2 AsylbLG entspricht (vgl. Senatsbeschluss vom 2.6.2015 â∏∏ L 8 AY 8/15 B ER â∏ und vom 5.4.2019 â∏ L 8 AY 6/19 B ER; so bereits LSG Niedersachsen-Senatsbeschluss vom 18.8.2023 â∏∏ <u>L 8 AY 20/23 B ER</u>). Der Leistungsberechtigte hat bei einem Versto̸ gegen eine räumliche Beschränkung oder eine Wohnsitzauflage i.S. des § 11 Abs. 2 AsylbLG â∏ so oder so â∏ grundsätzlich nur einen Anspruch auf die notwendigen Reisekosten sowie dringend erforderliche Verpflegungskosten, damit er den durch die asyl- bzw. ausl\( \tilde{A}\)\( \tilde{n}\) derrechtliche BeschrÄxnkung bestimmten Aufenthaltsort erreichen kann (vgl. auch BR-Drs. 446/15 S. 62; <u>BT-Drs. 19/10047, S. 52</u>). Maà geblich fà ¼r diese Auslegung à ¼ber den Wortlaut der Norm hinaus (im Wege der teleologischen Extension, vgl. dazu allg. BSG, Urteil vom 3.11.2021 â∏ B 11 AL 2/21 R â∏ juris Rn. 23) sind nicht zuletzt Sinn und Zweck des <u>§Â 11 Abs. 2 AsvlbLG</u>, eine unerlaubte Binnenwanderung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG dadurch zu verhindern, dass ein fortbestehender Versto̸ gegen eine räumliche BeschrĤnkung oder Wohnsitzauflage durch eine uneingeschrĤnkte LeistungsgewĤhrung nicht erst ermĶglicht wird (vgl. Senatsbeschluss vom 20.2.2014 â∏∏ <u>L 8 AY 98/13 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 23). Die damit einhergehende EinschrĤnkung der Lebensunterhaltssicherung in dem der Person ordnungsrechtlich zugewiesenen Gebiet begegnet gemessen an dem Grundrecht aus Art. 1 Abs. Â 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. Â 1 GG (vgl. hierzu grundlegend Regelsatzurteil des BVerfG vom 9.2.2010 â∏ 1 BvL 1/09, 1Â BvL 3/09, 1Â BvL 4/09 â∏∏ juris) keinen verfassungsrechtlichen Bedenken (Senatsbeschluss vom 2.6.2015  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \perp 8 \text{ AY } 8/15 \text{ B ER} \hat{a} \sqcap \sqcap \text{ und vom } 5.4.2019 \hat{a} \sqcap \sqcap \perp 8 \text{ AY } 6/19 \text{ B ER}$ ).

Nach §Â 11 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG darf Leistungsberechtigten in den Teilen der Bundesrepublik Deutschland, in denen sie sich einer asyl- oder auslĤnderrechtlichen BeschrĤnkung zuwider aufhalten, von der fĽr den tatsĤchlichen Aufenthaltsort zustĤndigen BehĶrde regelmĤÄ∏ig nur eine Reisebeihilfe zur Deckung des unabweisbaren Bedarfs fļr die Reise zu ihrem rechtmĤÄ∏igen Aufenthaltsort gewĤhrt werden. Der Aufenthalt der seit dem 6.3.2023 vollziehbar ausreisepflichtigen Antragstellerin ist gemĤÄ∏ § 61 Abs. 1 Satz 1 AufenthG (kraft Gesetzes, zwingend und ohne auslĤnderbehĶrdliche Anordnung, vgl. Bauer/Dollinger in Bergmann/Dienelt, AuslĤnderrecht, 12. Aufl. 2019, § 61 Rn. 4) auf das Bundesland Niedersachsen, in dem ihr vom Antragsgegner am 7.3.2023 eine Duldung erteilt worden ist, beschrĤnkt. Dieser rĤumlichen BeschrĤnkung zuwider hĤlt sich die Antragstellerin seit dem 1.6.2023 tatsĤchlich in Bremen auf, sodass der Tatbestand des <u>ŧ 11 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG erfļllt ist.</u>

Zugleich liegt auch der Tatbestand des <u>§ 11 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG</u> vor. Danach darf Leistungsberechtigten in den Teilen der Bundesrepublik Deutschland, in denen sie entgegen einer Wohnsitzauflage ihren gewĶhnlichen Aufenthalt nehmen, von der für den tatsächlichen Aufenthaltsort zuständigen Behörde regelmäÃ∏ig nur eine Reisebeihilfe zur Deckung des unabweisbaren Bedarfs für die Reise zu

dem Ort gewĤhrt werden, an dem sie entsprechend der Wohnsitzauflage ihren gewĶhnlichen Aufenthalt zu nehmen haben. Die Antragstellerin hat â∏ wie bereits ausgefļhrt â∏ nach der gesetzlichen Wohnsitzauflage des § 61 Abs. 1d AufenthG ihren Wohnsitz in der Obdachlosenunterkunft in F. zu nehmen, aber entgegen dieser Auflage ihren gewĶhnlichen Aufenthalt i.S. der Legaldefinition in § 10a Abs. 3 Satz 1 i.V.m. den SĤtzen 2 bis 3 AsylbLG seit dem 1.6.2023 in Bremen genommen. Dabei liegt es nach Sinn und Zweck des § 11 Abs. 2 AsylbLG auf der Hand, dass die Fiktion des gewĶhnlichen Aufenthalts gemĤÄ∏ § 10a Abs. 3 Satz 4 AsylbLG, nach dem zur Bestimmung des gewĶhnlichen Aufenthalts auf die Verteilungs- oder Zuteilungsentscheidung bzw. auf die Wohnsitzauflage abzustellen ist, in diesem Zusammenhang nicht anwendbar ist, sondern es auf den tatsĤchlichen (genommenen) gewĶhnlichen, aber unerlaubten Aufenthalt ankommt; hierfür spricht auch der Wortlaut des § 11 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG, der auf ein (aktives) Nehmen eines gewĶhnlichen Aufenthalts entgegen einer Wohnsitzauflage abstellt.

Der Umfang der Leistungen nach <u>§ 11 Abs. 2 AsylbLG</u> beschrĤnkt sich in der Regel auf die notwendigen Reisekosten sowie dringend erforderliche Verpflegungskosten, damit der AuslĤnder den durch die asyl- bzw. auslĤnderrechtliche BeschrĤnkung bestimmten Aufenthaltsort erreichen kann. Nur wenn Grýnde vorliegen, die einen Verbleib am Ort des tatsÃxchlichen Aufenthalts zwingend erfordern oder eine Rýckkehr in das Gebiet der räumlichen BeschrÄxnkung oder zu dem auferlegten Wohnsitz unzumutbar erscheinen lassen, kann die unabweisbar gebotene Hilfe auch weitergehende Leistungen umfassen, die bis zu den regulĤren Leistungen reichen kĶnnen (zum Umfang der Leistungen nach <u>§ 11 Abs. 2 AsylbLG</u> vgl. Senatsbeschluss vom 20.2.2014 â∏ <u>L 8 AY 98/13 B</u> ER â∏ juris Rn. 37 m.w.N.). Durch die Gesetzesänderung zum 24.10.2015, nach der die Leistungen fÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Regelfall nun auch ausdrÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>cklich auf Reisebeihilfen beschrÄxnkt worden sind, hat sich an dem Leistungsinhalt des § 11 Abs. 2 AsylbLG im Wesentlichen nichts geĤndert. Die begriffliche EinschrĤnkung (â□□regelmäÃ□igâ□□) zeigt, dass (nur) in atypischen Fällen â□□ der Gesetzgeber verweist insoweit in erster Linie auf akute gesundheitliche Gründe (BR-Drs. 446/15, S. 62) â∏∏ auch künftig Leistungen bis zum Niveau der regulären Leistungen zu erbringen sind (Senatsbeschluss vom 1.11.2018 â∏ <u>L 8 AY 37/18 B</u> ER  $\hat{a} \sqcap m.w.N.$  sowie vom 23.10.2019  $\hat{a} \sqcap \square L 8 AY 39/19 B ER \hat{A} \hat{a} \sqcap \square$  juris Rn. $\hat{A}$  18). Reisekosten macht die Antragstellerin nicht geltend. Ihr geht es darum, wĤhrend des Verbleibs im Kirchenasyl in Bremen Leistungen zu erhalten. Es sind auch keine Gründe glaubhaft gemacht oder sonst erkennbar, die ihren Verbleib in Bremen zwingend erfordern oder eine Rückkehr nach Niedersachsen in die Obdachlosenunterkunft in F. unzumutbar erscheinen lassen. Allein die â∏ nicht geäuÃ∏erte, aber naheliegende â∏ Befürchtung der Antragstellerin, in Abschiebehaft genommen oder ohne eine solche aus der Obdachlosenunterkunft nach Spanien abgeschoben zu werden, genügt nicht. Sie muss sich auf Rechtsmittel gegen belastende auslĤnderrechtliche MaĬnahmen verweisen lassen und im ̸brigen die unerwünschten Folgen tragen (vgl. Scheider in GK-AsylbLG, Stand: Februar 2023, <u>§Â 11 AsylbLG</u> Rn. 111 m.w.N.; Groth in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl. 2020, § 11 AsylbLG Rn. 53; differenzierend LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 20.6.2008 â∏∏ L 11 AY 47/08 ER- juris Rn. 19 bei einer drohenden

Abschiebung allein durch die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen; so auch j $\tilde{A}^{1}/4$ ngst Senatsbeschluss vom 18.8.2023 â $\square$  $\tilde{A}$  <u>L 8 AY 20/23 B ER</u>).

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar, <u>§ 177 SGG</u>.

Erstellt am: 15.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024